

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 399) betreffend die gesetzliche Verankerung einer Abwehrmöglichkeit gegen Islamismus, politischen und militanten Islam (Zahl 22 - 289) (Beilage 446).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die gesetzliche Verankerung einer Abwehrmöglichkeit gegen Islamismus, politischen und militanten Islam, in seiner 08. Sitzung am Freitag, dem 04. Dezember 2020, beraten.

Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die gesetzliche Verankerung einer Abwehrmöglichkeit gegen Islamismus, politischen und militanten Islam, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 04. Dezember 2020

Der Berichterstatter:  
Johann Tschürtz eh.

Der Obmann-Stellvertreter:  
Robert Hergovich eh.

Frau  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 4. Dezember 2020

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst,  
Kolleginnen und Kollegen 22-289, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung für Maßnahmen gegen Islamismus in Österreich**

Nach dem schweren Terroranschlag in Wien mit fünf Toten und 22 Verletzten werden die gleichen Debatten geführt wie schon in den Jahren zuvor, wenn es um Radikalisierung unter Muslimen ging. Ausgehend von der Frage, was einen jungen Mann zu solchen Taten treibt, folgen alsbald die gängigen Erklärungsmuster: Diskriminierung durch die "Mehrheitsgesellschaft" und Perspektivenlosigkeit. Möglicherweise findet sich noch eine radikale salafistische Moschee, in der er aufgrund der gerade genannten Ursachen Opfer von Radikalisierung geworden sei. Diese Analysen sind unbefriedigend und nicht plausibel, weil sie einige Fakten außer Acht lassen. Der hilflose Versuch, diesen Terror und die mit ihm einhergehende Intoleranz, Unduldsamkeit und Überlegenheitshaltung gegenüber Andersdenkenden und Anderslebenden auf schlechte Erfahrungen mit der Gesellschaft, auf Diskriminierung, mangelnde Bildung oder Deklassierung zu schieben, war schon falsch, als der Terror erstmals in Europa von sich reden machte.

Es ist die Ideologie des fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam, die Menschen zu Attacken wie der in Wien oder Paris antreibt. Die Kraft der Idee, in diesem Fall der politisch-religiösen Überzeugung, wird systematisch unterschätzt, was angesichts der Analysen etwa der Ursachen von Gewalt im rechtsextremen Milieu verwundert, wo man sich ihrer durchaus bewusst ist und auch dem ideologischen Umfeld das Wasser abzugraben trachtet. Nichts anderes tun islamische Fundamentalisten weltweit, wenn sie Anschläge gegen die "Ungläubigen" verüben. Im Narrativ der Täter ihrer ideologischen Ziehväter in den Moscheen und im Internet, sowie auch beispielsweise vieler muslimischen Religionsfunktionäre werden die Opfer der Anschläge als Mitglieder der Gesellschaft zu Schuldigen. Ähnliche Argumentationen sind uns von rechtsextremen Bewegungen vom Nationalsozialismus bis in die Gegenwart bekannt: sie inszenieren sich als Opfer und rechtfertigen damit die Gewalt gegenüber Andersdenkenden.

Nach fast 20 Jahren islamistischen Terrors in Europa ist es an der Zeit, den Blick nicht mehr nur auf den Jihadismus zu richten, sondern die dahinterstehende Ideologie eines fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam zu diskutieren und sie genauso ernst zu nehmen wie andere totalitäre Ideologien. Nicht nur Jihadisten, sondern auch im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung aktive Islamisten, die die großen islamischen Verbände wesentlich dominieren, teilen die Welt in Muslime und Nichtmuslime, propagieren islamische Überlegenheit, lehnen liberale Demokratie, allgemeine Menschenrechte sowie schlussendlich die Trennung von Religion und Staat ab. Es ist dieser Nährboden aus dem sich der islamistische Terrorismus in Österreich speist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Herausforderung Religionsfreiheit neu zu denken sowie die Position eines fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft zu hinterfragen.

Religionskritik stellt generell eine Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft dar. Daher ist eine allgemeine Diskriminierung von Religionskritik als rassistisch oder pathologisch (Islamophobie) mit den Fundamenten einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft nicht vereinbar. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der „European Islamophobia Report“, der aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird aber gleichzeitig durch eine der islamistischen türkischen Erdogan-Regierung nahestehende Stiftung herausgegeben wird.

Wir sollten uns daher nicht nur verstärkt mit der Ideologie des fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam, dem was in Moscheen mancher der großen Verbände gepredigt wird, sondern auch mit klaren politischen Interventionen beschäftigen. Es ist, wie Untersuchungen inzwischen bestätigen, oft viel zu nah an den ideologischen Grundannahmen der Terroristen. Und dieser Nährboden muss entzogen werden.

Gleichzeitig müssen wir natürlich darauf achten, dass alle Menschen in Österreich ihre Religion in Ruhe ausüben können und vor stereotypen Anfeindungen geschützt werden. Deshalb muss die Auseinandersetzung mit dem fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam sachlich und differenziert geführt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

1. die Prüfung und Entziehung von finanziellen Unterstützungen für Vereine und Organisationen, die das Gedankengut des fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam verbreiten in die Wege leiten;
2. einerseits bei der Spezialprävention von Jihadisten ein verbessertes Kontroll- und Monitoringsystem implementieren. Andererseits im Sinne der Generalprävention strafrechtliche Tatbestände schaffen, die bereits im Vorfeld Menschen davon abhalten sollen, sich außerhalb von Österreich in terroristische und kriegerische Handlungen im islamistischen Kontext zu begeben;
3. an die Europäische Union mit dem Begehren herantreten, diese möge aus den in der Antragsbegründung dargelegten Gründen in Zukunft keine finanzielle Unterstützung für den „European Islamophobia Report“ mehr gewähren.